

„Giftige Früchte“

Anhaltende Spannung in Tunis — Die Juden als Hauptprovokateure

Trotz des Freischusses des italienischen Generalfeldmarschalls in Tunis beim französischen Generalresidenten hat sich die Spannung in Tunis noch verschärft. Nach einem Bericht des italienischen Blattes „Popolo di Roma“ aus Tunis waren bei den Zwischenfällen, bei denen hauptsächlich italienischen Geschäften die Fenster zertrümmert und an der italienisch-französischen Bank die italienischen Kassen heruntergerissen wurden, wiederum die Juden besonders stark beteiligt.

Die Mailänder Zeitung „Corriere della Sera“ spricht von einer barbarischen Handlungsweise und von ungläublichen Brutalitäten, die durch eine Gruppe von fünf bis sechs hundert jüdischen Söldnern, sogenannten „Patrioten“, begangen worden seien und beim italienischen Volke heftige Empörung ausgelöst habe.

Französische Polizei verhaftete

Die Italiener haben, so wird in Rom betont, feststellen müssen, daß die Polizei nicht im Stande war oder keinen Willen zeigte, eine Gruppe von etwa 100 Taugenichtsen, die fünf Stunden lang ihre unverschämtesten Anfechtungen gegen Italiener ausließen, zu zerstreuen.

Die „Stampa“ erklärt, die Tunisreise Daladiers habe die giftigen Früchte hervorgebracht, die leicht vor-

anzusehen waren: Die Aufhebung der brutalsten Elemente gegen die italienische Kolonie zu einer Handlungsweise, die das italienische Volk zutiefst verletzt habe. Die Italiener hätten sich niemals über die wahren Gefühle der Franzosen gegenüber Italien getäuscht. Das Blatt greift dann den französischen Kaplan von Gabès scharf an, der davon geträumt habe, im Frühjahr Bischof des französisch gewordenen Tripolis sein zu können. Von Größenwahnsinnigen dieser Art gebe es in Frankreich noch genug.

Unzufriedenheit unter den Arabern

Wie die „Popolo di Roma“ mitteilt, herrscht unter der arabischen Bevölkerung lebhafteste Unzufriedenheit, weil die zum Besuch Daladiers erwartete Amneste von 400 im vergangenen April verhafteten arabischen Nationalisten ausgeblieben sei. Diese Unzufriedenheit habe sich auch deutlich darin gezeigt, daß die große Masse der arabischen Bevölkerung den für Daladier veranstalteten Kundgebungen ferngeblieben sei. Die im Zusammenhang mit den Zwischenfällen verhafteten Araber, zwölf Frauen und sechs Männer, hätten bei dem Verhör offen ihren Gefühlen für die nationale arabische Bewegung Ausdruck gegeben.

Mehnenminister Bed in München

Besprechung mit Reichsaußenminister von Ribbentrop

Der in München weilende polnische Außenminister Oberst Bed begab sich mit dem Reichsaußenminister des Reichs Ribbentrop zu einer Besichtigung des Führerbauwerks und von dort aus in das Haus der Deutschen Kunst zu einem Rundgang durch die Deutsche Architektur-Ausstellung, wo das Mittagessen eingenommen wurde.

Am Nachmittag fand eine Besprechung zwischen Reichsaußenminister von Ribbentrop und dem polnischen Außenminister Bed im Hotel „Vierjahreszeiten“ statt. Abends gab der Reichsaußenminister zu Ehren des polnischen Gastes im Hotel „Vierjahreszeiten“ ein Abendessen.

100 Kilometer vor Barcelona

Siegreicher Fortschritt der Franco-Offensive — Demoralisierung der Roten

Die siegreiche Offensive Francos ist jetzt bis auf 100 Kilometer an Barcelona herangetragen worden. Im Südsüdosten nahmen die siegreichen Truppen eine Reihe von Dörfern, die sämtlich auf dem linken Ebro-Ufer südlich von Lerida liegen. Ferner wurde der Ort Juneda an der Hauptstraße Lerida-Tortosa erobert. Weitere Truppenverbände des Südsüdostens drängen in östlicher Richtung vor und machen reiche Beute.

Die Roten versuchten, ihre in Katalonien überall wankenden Stellungen durch eine Offensive an der Cordoba-Front zu entlasten. Alle Angriffe, die das Ziel hatten, die nationalspanischen Stellungen zu durchbrechen, wurden jedoch verlustreich abgewiesen.

Die Franco-Truppen säuberten das Dreieck Tortosa-Blanca-Verida-Sores, womit etwa weitere hundert Quadratkilometer erobert wurden. Die Hauptstraße Lerida-Tortosa ist nunmehr völlig im nationalen Besitz, was für die zukünftigen Operationen von größter Bedeutung ist.

Nach einer amtlichen Fählung wurden bisher im Verlauf von dreizehn Tagen der Katalonien-Offensive 23 884 Kollaboranten gefangen genommen. Aus dieser Zahl kommen nicht nur die starken Erfolge der nationalspanischen Truppen zum Ausdruck, sondern es zeigt sich immer mehr, wie stark die überall zurückflutenden Roten, die alle Ortschaften hinter sich in Flammen aufgehen lassen, schon durch die Erfolge der Franco-Truppen demoralisiert worden sind.

Zugunsten der Memeldeutschen

Die Unterrichtssprache an den Volksschulen in Memel

Das Direktorium des Memelgebietes hat durch eine Verfügung bestimmt, daß für die Festlegung der Unterrichtssprache in den öffentlichen Volksschulen in Zukunft die freie Willensbestimmung der Eltern maßgebend ist. Im Jahre 1923 hatte das damals amtierende großlitauische Direktorium in verschiedenen Schulen die zwangsweise Einführung der litauischen Unterrichtssprache angeordnet. Wie sehr dies dem Volksempfinden widerspricht, geht schon daraus hervor, daß bei einer seither vorgenommenen Elternbefragung fast 100 v. H. aller Eltern sich für den deutschen Sprachunterricht aussprachen. Durch die jetzige Verfügung des Memeldirektoriums ist ein unhaltbarer Zustand und der langwierige Kampf um die Unterrichtssprache in den Volksschulen endlich in zugunsten des Memeldeutschen Sinne entschieden worden.

Deutsche Beamte gekündigt

Werkwürdiges Vorgehen im Ost-Gebiet

Nachdem in den letzten Wochen 32 leitenden deutschen Beamten und Angestellten in den Betrieben des Grafen Lavisch in Karwin ihre Stellen unter der Begründung „Reorganisation der Betriebe“ zum 31. März 1939 gekündigt worden sind, beginnen nunmehr derartige Maßnahmen auch in den Eisenwerken in Trzaniec. Hier wurde gleichfalls zum 31. März 14 technischen und 8 kaufmännischen Angestellten, die sich ausnahmslos zum deutschen Volkstum bekennen, gekündigt. Wie in den Betrieben des Grafen Lavisch handelt es sich auch bei den Deutschen in den Trzaniec Eisenwerken um Gesellschaftsmitglieder, die dort seit langen Jahren ihre Pflicht getan haben.

Tunisisches Nachspiel

Gefängnisstrafen wegen Beteiligung an regierungsföndlichen Kundgebungen

Die franzosenfeindlichen Kundgebungen in Tunis hatten, wie der „Welt Posten“ meldet, jetzt ein gerichtliches Nachspiel. Zwölf eingeborene Frauen, die der nationalistischen Eingeborenenbewegung „Nou-Destur“ nahestanden, wurden wegen Aufreizung zu regierungsföndlichen Kundgebungen während des Besuchs des Ministerpräsidenten Daladier zu Gefängnisstrafen verurteilt. Drei von ihnen erhielten je einen Monat Gefängnis, die übrigen neun je 15 Tage Gefängnis. Neun weitere Eingeborene, die Sorubänder mit der Aufschrift „Es lebe die

Destur-Bewegung“ umhergetragen hatten, sind zu Gefängnisstrafen von zwei bis vier Monaten verurteilt worden.

Im Kremel hoch willkommen

Roosevelt sprach Moskau aus der Seele

Die Neujahrsbotschaft Roosevelts und die Kommentare, die sie in der amerikanischen Presse gefunden hat, haben Moskau auf den Plan gerufen. Im Kremel wittert man hier eine Gelegenheit, seine „Solidarität“ mit den „edlen Bestrebungen des großen amerikanischen Staatsmannes“ zu zeigen und sich für die Glückwünsche dankbar zu erweisen, die bekanntlich Roosevelt als einziger Staatsmann der Welt an die Moskauer Regierung zur Freier der Bolschewistischen Revolution gesandt hat. Stalin und Roosevelt erscheinen damit Hand in Hand vor der Weltöffentlichkeit.

Die amtlichen Moskauer Blätter schreiben zur Botschaft, man könne seine Initiativen nur „begreifen“, denn auch die Sowjetunion habe die gleiche Auffassung. Man müsse sogar erwarten, so erachtet etwa dunkel die sowjetamtliche Telegrammentagentur, daß bald „die weiteren notwendigen Maßnahmen“ folgen würden.

Neue Hungerdemonstration in London

Arbeitslose an die Gitter des Arbeitsministeriums gekettet

Londoner Arbeitslose versuchten erneut, durch eine drastische Demonstration auf ihre Notlage aufmerksam zu machen. Nachdem sie vor kurzem mit einem Sarg vor der Wohnung Chamberlains erschienen waren, versammelten sich eine Gruppe von Arbeitslosen vor dem Hause des Arbeitsministers Brown, wo sich einige von ihnen an die Gartengitter anketten ließen. Andere Arbeitslose demonstrierten inzwischen mit großen Plakaten, „Arbeit oder Brot“ fordern, in den benachbarten Straßen und vor dem Arbeitsamt von St. Pancras. Sie verteilten auch Zettel mit folgendem Inhalt: Arbeitslose haben sich an die Eisengitter des Hauses Ernest Browns angekettet. Sie kämpfen gegen Hunger. Geht auch dorthin. Ihre Lösungen sind: „Brot und Arbeit“, „Arbeit oder Brot“.

Als die Polizei vor der Wohnung des Arbeitsministers eintraf, hatte sich dort bereits eine große Menschenmenge angesammelt. Einer der Arbeitslosen überreichte gerade einen Brief an der Haustür, in dem der Minister aufgefordert wurde, eine Abordnung zu empfangen. Polizeibeamte stellten sich zunächst vor den Angeketteten auf, um photographische Aufnahmen zu verhindern. Da die Schlüssel zur Öffnung der Ketten nicht aufzufinden waren, mußten die Arbeitslosen schließlich durch die Polizei mit Eisensägen von ihren Fesseln befreit werden.

Striflos entlassen und ohne Heim

So springen die Sowjetbehörden mit der Arbeiterschaft um Wiedlungen aus Moskau stimmen darin überein, daß nach der Veröffentlichung der Anordnung des Obersten Staatsanwaltes Wolschski im Zusammenhang mit den verschärften Arbeitsbestimmungen sich nunmehr die sowjetamtliche Willkür gegen die Arbeiter demagogisch ausstößt.

Moskauer Blätter veröffentlichen die ersten „Strafmaßnahmen“, die in der striflosen Entlassung von Arbeitern und Angehörigen wegen Vergehens gegen die neuen Bestimmungen bestehen. Immer müssen die so Gemäßigten dann auch die von ihnen bisher innegehabten Wohnungen räumen, was bei den in Moskau und den anderen Sowjetstädten herrschenden unvorstellbaren Wohnungsnot und bei der von der Regierung eingeführten Praxis in der Wohnungszuteilung bedeutet, daß die Leute mit ihren Familien buchstäblich auf die

Jüdisch-marristischer Skandal in Amsterdam

Städtische Baugrundstücke an Spekulanten verschleudert

In Amsterdam ist ein großer Grundstücksschwindel aufgedeckt worden, bei dem der marxistische Delegierte der Stadt Amsterdam, der Jude Rodriguez de Miranda, Leiter der städtischen Baubehörde, und der ebenfalls jüdische Marrist, Stadtrat Gilden, Mitbesitzer der Architekturfirma Gilden & Geldmaaker, schwer belastet sind.

Wie der „Telegraaf“ berichtet, hat die Veräußerung von Baugrundstücken durch die Stadt Amsterdam bei der Rodriguez de Miranda ein einschneidendes Wort mitsprechen hat, seit einiger Zeit die Aufrichtigkeit der richterlichen Behörden auf sich lenken. Es lag der starke Verdacht vor, daß städtische Grundstücke zu niedrigen Preisen an Schieber und Spekulanten verkauft wurden, die sie dann mit großem Gewinn weiterveräußerten. Der Gang der Untersuchung wurde dadurch sehr erschwert, daß viele Bauunternehmer dem mächtigen Einfluß des Juden Rodriguez de Miranda fürchteten und daher in ihren Aufträgen größte Zurückhaltung an den Tag legten. Immerhin konnte bereits nachgewiesen werden, daß de Mi-

rodriguez dem jüdischen Architekturbüro ein jüdisches Grundstück ohne Wissen der Baubehörde verkauft. Dieses Grundstück wurde von Rodawer kurz Zeit später an einen Bauunternehmer mit einem Gewinn von 10 000 Gulden weiterverkauft. Als Vermittler trat der Sohn de Mirandas auf, der die Hälfte des Gewinnes erzielte.

Kräftige Abfuhr für üblen Heher

Australiens Ministerpräsident Rest einen läblen Verleumder bloß

Nach einer Meldung aus Melbourne hat der australische Ministerpräsident Lyons eine Erklärung veröffentlicht, in der er den übel bekannten linksgerichteten Schriftsteller D. G. Wells scharf zurechtweist. Wells hatte in einem Interview abfällige Bemerkungen über Deutschland und Italien sowie über den Führer und den Duce gemacht. Lyons erklärte, er bedaure es, daß Wells sich dazu habe hinreißen lassen, abfällige Bemerkungen über fremde Staatsverhältnisse zu machen. Persönliche Beleidigungen seien bedauerlich. Er würde es lieber sehen, wenn Wells sich für eine internationale Verständigung anstatt für internationales Mißverständnis einsetzen würde.

Neuerungen in der Justizausbildung

Einheitliche Regelung in Großdeutschland

Reichsjustizminister Dr. Frick hat im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern am 4. Januar eine Verordnung über die Befähigung zum Richteramt, zur Staatsanwaltschaft, zum Notariat und zur Rechtsanwaltschaft erlassen, die die Ausbildung des Rechtswissenschaftlers im ganzen Reich einheitlich regelt und am 1. April in Kraft tritt.

Für das Reich bringt die Neuordnung in mehrfacher Hinsicht bedeutungsvolle Veränderungen des bisherigen Rechtszustandes: Die Ausbildung der Richtreferendare bei der Verwaltung ist nicht mehr zwingend vorgeschrieben, sondern in das Ermessen des Referendars gestellt. So ist es möglich, die Referendare, die nicht zur Verwaltung gehen, ohne Verlängerung des Vorbereitungsdienstes gründlicher mit den Aufgaben des Richters, Staatsanwalts, Notars und Rechtsanwalts vertraut zu machen. Weiter sind, entsprechend einem mehrfach geäußerten Wunsch der jungen Rechtswahrer, in die Neufassung der Justizausbildungsordnung Richtlinien für die Ausbildung in den einzelnen Abschnitten aufgenommen worden. Sie tragen dem verständlichen Streben der Referendare nach selbständiger Tätigkeit in dem Maße Rechnung, das mit der Rücksicht auf die Rechtsfindung vereinbar ist. In der 1. Prüfung ist die Frist zur Anfertigung der häuslichen Arbeit von drei auf vier Wochen verlängert worden. Im übrigen bringt die Verordnung eine Zusammenfassung der bisher im Reich geltenden und in mehreren Verordnungen enthaltenen Ausbildungsrichtlinien; sie beseitigt die letzten landesrechtlichen Besonderheiten.

Aufbauarbeit im Dritten Reich

Reichsmittel für neue Städte und Siedlungen

Im Rahmen des Vierjahresplanes und der Ausführung oder aus sonstigen nationalpolitischen Gründen werden an vielen Stellen des Reiches neue Städte oder Großsiedlungen errichtet. Hierbei ist es nicht damit getan, ausreichende Wohnungen für die Gesellschaftsmitglieder der Betriebe zu schaffen, sondern es müssen auch umfangreiche Straßenbauten, Versorgungsanlagen und sonstige Geländeerweiterungsarbeiten durchgeführt werden. Daneben ist es aber auch noch notwendig, um ein Gemeinschaftsleben in diesen Städten und Siedlungen überhaupt zu ermöglichen, reichhaltig für Einrichtungen aller Art wie Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungsräume usw. zu sorgen.

Um die beschleunigte Durchführung dieser Aufgaben zu gewährleisten, hat der Reichsarbeitsminister in einem Erlass bekanntgegeben, daß das Reich Finanzierungsbeiträge zu den Erschließungsarbeiten und Gemeinschaftseinrichtungen zur Verfügung stellt. Durch die Gewährung dieser Reichsmittel soll erreicht werden, daß die Arbeiterstädte und Großsiedlungen des Dritten Reiches nicht nur gesunde mit umfangreichen Gartenflächen verbundene Arbeiterwohnstätten aufweisen, sondern auch mit den erforderlichen Gemeinschaftseinrichtungen sozialer und kultureller Art ausgestattet werden. So werden Städte und Siedlungen entstehen, die Zeugnis ablegen für die soziale Gesinnung und den Aufbauwillen des Dritten Reiches.

Der Führer an Hammler

Gleichwünsche zur zehnjährigen Wiederkehr des Tages seiner Berufung zum Reichsführer

Der Führer und Reichskanzler hat Reichsführer Hammler und Chef der deutschen Polizei Heinrich Himmler aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr des Tages seiner Berufung zum Reichsführer Hammler auf dem Verhof persönlich seine herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen.

De ein neu lung b noch be freierf neben i die Ge freilich herigen ihrer D für di Führer Da ganz b von de dieses i ist verfu williger betrachte Ob Brandb war die noch ni die zu p sich abe einseger des Ne Krieges nicht er nicht d Zustand konnten Jahre n den Ge nicht zu Reich, ni: ei höherem liegen: Des seitigen zierung gefloß gefunde daß ei zwischen zuehm geworden Feststell vor alle mehr d basten, war, in Greizbe brach. A Beziehun löshger rein ted

Nach Grojzen Gegen V liegenden marie G Eichtpiel einen g baum U lichterhö auf den kurz dar meer. Unte einander rissen Frau hü sief auf Verleugur Die behnung hüten. E Volal bi veraltur schwerer Aufräum tohtie

Der Sch len wegen V bürgerlic zu zehu gerichtet Eaf, eine sch Spuren teilverb

Die mit: Au Bahnhof Oberhof Personel Person u den. G wurde d